

Antrag

der Abgeordneten Karsten Hilse, Marc Bernhard, Andreas Bleck, Dr. Rainer Kraft, Dr. Heiko Wildberg, Stephan Brandner, Siegbert Droese, Dr. Götz Frömming, Mariana Iris Harder-Kühnel, Dr. Heiko Heßenkemper, Martin Hohmann, Johannes Huber, Stefan Keuter, Jörn König, Steffen Kotré, Frank Magnitz, Jens Maier, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Gerold Otten, Tobias Matthias Peterka, Martin Reichardt, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und Fraktion der AfD

Unsinnige Zahlungen für Klimaschutzmaßnahmen im Ausland gerade in der COVID-19-Wirtschaftskrise streichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluss auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO₂-Emissionen.
2. Die wirtschaftlichen Schäden durch die von der Bundesregierung und den Landesregierungen verhängten Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Krankheitswelle sind real, Menschen verlieren ihre Arbeit und ihre berufliche Existenz.
3. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten hypothetischen Annahmen.
4. In jedem Fall ist jetzt der Gefahr durch Verarmung und wirtschaftlichen Verfall deutlich höhere Priorität einzuräumen als irgendeiner Klima-Fiktion.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

alle für den Klimaschutz relevanten Ausgaben im Bundeshaushalt, mit besonderem Blick auf die hierfür an das Ausland getätigten Zahlungen im Einzelplan 16 (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit), vertragskonform, schnellstmöglich und ersatzlos zu streichen.

Berlin, den 7. Mai 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Das „Herunterfahren“ des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft aufgrund der von der Bundesregierung und den Landesregierungen verhängten Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Krankheitswelle verursachen Schäden, die seit dem Zusammenbruch des „Real existierenden Sozialismus“ beispiellos sind. Die Menschen müssen nicht nur substantielle Freiheitsbeschränkungen erdulden, die allermeisten müssen mit deutlichen Einkommenseinbußen zurechtkommen, nicht wenige sind verlieren ihre Arbeit und sind in ihrer beruflichen Existenz bedroht. Der Staatshaushalt und die Sozialkassen werden nach aktuellem Stand mit mehr als 100 Milliarden Euro zusätzlich belastet und die Wirtschaft erleidet derzeit Einbußen von 30 Milliarden bis 60 Milliarden Euro wöchentlich (Stand: April 2020¹). Es ist daher dringend geboten, wirkungslose beziehungsweise überflüssige Ausgaben einzusparen - insbesondere der Staat ist hier in der Pflicht.

Mit Blick auf die Umweltpolitik sind dies insbesondere die Ausgaben im Bereich Klimaschutz. Im Haushalt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sind für Maßnahmen und Projekte für den Klimaschutz über 500 Millionen Euro vorgesehen (Bundeshaushaltsentwurf 2020, Kapitel 1602). Über 80 Prozent dieser Geldmittel, 450 Millionen Euro, fließen ins Ausland. Dieses Geld wird jetzt in Deutschland für dringende und sinnvolle Dinge gebraucht.

Ein nennenswerter Einfluss von CO₂ auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Dies gilt erst recht für das vom Menschen verursachte CO₂, geschweige denn für angebliche Beeinträchtigungen auf Mensch und Umwelt (1F²). Im Gegensatz dazu hat die Wolkenbildung Einfluss auf das Erdklima, dieser Einfluss kann bis 100 Mal stärker sein als jener des CO₂ (2F³). Im Gegenteil – das Klima kann und muss nicht vor hohen CO₂-gehalten in der Atmosphäre geschützt werden, wie erdgeschichtliche Daten zeigen.

Vielmehr ist es geboten, sich den klimatischen Bedingungen anzupassen – nicht der Klimaschutz, sondern der Schutz des Menschen vor möglichen negativen klimatischen Auswirkungen ist erforderlich. Daher sollten, sobald sich die wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland wieder normalisiert haben, Mittel im Bundeshaushalt bereitgestellt werden, die Deutschland für Notsituationen und Naturkatastrophen besser vorbereitet. Die aufzuwendenden Gelder wären geringer und der Nutzen, gerade in Ausnahmesituationen, sehr hoch, etwa für die aktuell im Fokus stehenden systemrelevanten Sektoren.

¹ www.ifo.de/DocDL/sd-2020-04-fuest-et-al-volkswirtschaftliche-kosten-corona-2020-04-15.pdf

² <https://archive.ipcc.ch/ipccreports/tar/wg1/pdf/TAR-14.pdf>

³ www.frontiersin.org/articles/10.3389/feart.2019.00223/full

